

Roland Mitschke

Vorsitzender der CDU-Fraktion im RVR

zum RVR-Haushalt 2015

in der Verbandsversammlung am 27. März 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Regionaldirektorin,

sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Wir verabschieden heute den ersten Haushalt in der neuen Wahlperiode dieser Verbandsversammlung und gleichzeitig den letzten Haushalt auf der Grundlage des geltenden RVR-Gesetzes.

Das geltende Wahlrecht und das Wahlergebnis haben zu einer politischen Konstellation geführt, die Seltenheitswert hat. Nicht Schwarz-Rot wie in Berlin, nicht Rot-Grün wie in Düsseldorf, hier im Haus haben wir uns auf Schwarz-Rot-Grün verständigt. Diese große Koalition sollte sich auch einiges zutrauen.

Dies war möglich besonders wegen der zuvor erfolgten Einigung über die Ziele, mit denen eine Stärkung des Verbandes erreicht werden soll. Ohne diese Verständigung vor 2 Jahren wäre es wohl höchst unwahrscheinlich, den Landesgesetzgeber mit Erfolg zur Änderung des RVR-Gesetzes zu bewegen, trotz der sehr emotional und laut vorgetragenen Bedenken

z. B. in Münster und anderswo. Wir stehen, wie wir aus Düsseldorf hören, kurz vor dem erfolgreichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. So haben wir die begründete Hoffnung, dass wir am 1. Mai dieses Jahres mehr feiern können als den traditionellen Tag der Arbeit.

Das nächste "Ruhrparlament" wird durch die Bürger direkt gewählt, die Oberbürgermeister und Landräte sind in die Arbeitsstruktur des Verbandes in dem neuen Kommunalausschuss institutionell eingebunden und wir haben den rechtlichen Rahmen für mehr Zusammenarbeit. Gemeinsam können wir also für unsere Region etwas bewegen.

Diese Gemeinsamkeit stellt uns vor hohe Erwartungen, gibt uns aber auch große Chancen für unsere Arbeit. Die Ziele der drei Koalitionspartner stehen nicht gegen, sondern nebeneinander. Natürlich ist für die CDU nicht heute alles gut, was sie gestern kritisiert hat. Auch für unsere Koalitionspartner stellt sich eine sehr veränderte Situation.

Bei den aktuellen Haushaltsberatungen nutzen wir erstmals das Instrument der politischen Zielvorgabe nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement, wobei die Bezeichnung neu 9 Jahre nach Einführung eigentlich überholt ist. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass auch andere Fraktionen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und sehen keine Probleme, auch dem einen oder anderen Antrag zuzustimmen.

Für die CDU-Fraktion ist eines der wichtigsten Ziele die Stärkung des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Metropole Ruhr. Wir müssen dringend außerhalb der Region die positiven Seiten dieser Region darstellen. Wir müssen zeigen, dass Kohle und Stahl für die Vergangenheit, aber Bildung,

Wissenschaft, moderne, neue, technologieorientierte, mittelständisch strukturierte Industrie und Dienstleistungen für die Zukunft stehen. Wir müssen deutlich machen, dass Unternehmer, die investieren und Arbeit schaffen, dass Existenzgründer, die aus den Universitäten und Hochschulen kommen und Theorie in Praxis umsetzen, hier willkommen sind und jede Unterstützung erfahren.

Wir wollen, dass diese neue Wirklichkeit mit einer effektiven Standortwerbekampagne national und international transportiert wird. Leider beginnen die tollen Wirkungen der Ruhr 2010, des Kulturhauptstadtprojektes, langsam zu verblassen.

Warum soll es dabei bleiben, dass ausländische Investitionen nur Standorte südlich von Duisburg finden? Wir wollen zeigen, dass das Ruhrgebiet zwischen Moers und Hamm für den internationalen Wettbewerb der Regionen mit einer vorzeigbaren Infrastruktur, mit einer attraktiven Bildungs- und Kulturlandschaft und nicht zuletzt mit einem gut ausgebildeten Arbeitskräftepotential bestens aufgestellt ist.

Diese Kampagne soll in diesem Jahr konzipiert werden, es sollen Partner aus der Wirtschaft zum Mittun geworben werden und die Kosten- und Finanzierungsfragen geklärt werden. Die WMR muss hier eine entscheidende Rolle spielen. Das Image der ganzen Region - ob begründet oder nicht - ist eine mehr als ernst zu nehmende Restriktion für alle 53 Städte. Keine Stadt - auch nicht die großen Oberzentren - kann dieses Problem allein für sich erfolgreich angehen.

Die Leiter der kommunalen Wirtschaftsförderungsinstitutionen haben uns angeschrieben und sehen die Federführung der Kampagne bei der WMR. Daraus dürfen wir schließen, dass sie mit ihren über 700 Mitarbeitern dieses Projekt nach Kräften unterstützen. Wir sind uns darüber im Klaren: Eine solche Kampagne erfordert auch Geld.

Auf Dauer müssen wir uns fragen, ob die regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft ausreichend ausgestattet ist. Gerade in diesem Aufgabenfeld muss Kirchturmdenken überwunden werden. Dabei muss klar sein, wer macht was. Doppelarbeit können und wollen wir uns nicht leisten.

Ein Stück Erfolgskontrolle sollte hier auch auf der kommunalen Ebene angestrebt werden. Mit den bereits angesprochenen ca. 700 Mitarbeitern ist schließlich auch ein erheblicher Aufwand verbunden.

Bei der in die Region gerichteten Öffentlichkeitsarbeit und allen Aktivitäten des Verbandes und seiner Beteiligungsgesellschaften erwarten wir einen einheitlichen Markenauftritt. Hier ist in den letzten Jahren ein Wildwuchs entstanden, der nicht sachdienlich ist. Der Verband hat ein berechtigtes Interesse, dass seine Aktivitäten für den Bürger auch erkennbar sind. Kurz: wo RVR drin ist, muss auch RVR drauf stehen.

Gleichzeitig müssen wir gemeinsam in der Region die zweifellos vorhandenen Defizite aufarbeiten. Dazu gehören vor allem die Verbesserung des Wohnumfeldes in zahlreichen Stadtteilen und die stärkere Integration besonders junger Menschen aus Zuwandererfamilien. Wir haben hier Ansätze im Rahmen der Mitwirkung bei der Vergabe der

Städtebauförderungsmittel und mit der Beratung der Kommunen durch das Europareferat über die Chancen des Europäischen Sozialfonds. Die hohen Realsteuerhebesätze in unseren Städten sind zweifellos kein Standortvorteil. Wie soll z. B. Duisburg hier im Wettbewerb mit dem Nachbarn Düsseldorf bestehen?

Aus den Anträgen der Koalition zum Haushalt ist bei den Zielvorgaben ein deutlicher Schwerpunkt bei den finanziellen Problemen der Freizeitgesellschaften erkennbar. Wir unterstellen, dass es der Regionaldirektorin gelingt, in diesem Jahr die beschlossene Verschmelzung der Gesellschaften zu realisieren, wollen allerdings auch ein Konzept erarbeitet sehen, das aufzeigt, wie es dann weiter geht. Welche Einrichtungen werden evtl. von den Kommunen künftig allein betrieben, welche vom Markt genommen, welche Investitionen sind auf welcher Zeitschiene wie zu finanzieren, welche Synergien werden geschöpft und wie wird die neue Trägergesellschaft mit welchen Mitwirkungsrechten der Standortgemeinden aufgestellt?

Für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht der Verband, gut motivierte und engagierte Mitarbeiter, zu deren Anspruch auf Anerkennung ihrer Arbeit und auf leistungsgerechte Bezahlung wir uneingeschränkt stehen. Gleichwohl haben wir die Regionaldirektorin gebeten, auch im Hinblick auf neue Aufgaben nach dem neuen RVR-Gesetz die Struktur der Referate im Hinblick auf stärkere Bündelungsmöglichkeiten zu überprüfen. Gerade weil wir umlagefinanziert sind, müssen wir hier im Haus die gleichen Kriterien anwenden wie in den Rat- und Kreishäusern. Zusätzlichen Personalbedarf haben wir zweifelsfrei in der Regionalplanung. Im Vergleich mit der Besetzung bei den Bezirksregierungen liegen wir unter 50 %.

Hier erwarten wir von der Landesregierung Nachbesserung. Josef Hovenjürgen hat das Problem dankenswerterweise im Landtag thematisiert.

Der Verband erbringt verschiedene Dienstleistungen für die 53 Kommunen. Beispielhaft ist hier das Geonetzwerk Ruhr aber auch die Recherchearbeit des Europa-Referates. Was hier gemeinsam für alle gemacht wird, soll eigene Arbeit in den Rat- und Kreishäusern ersetzen, also zu wirtschaftlich nachvollziehbaren Synergien führen. Es darf nicht zu Doppel-Arbeit und -Kosten führen. Hier sind die Kommunen gefordert, die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, der Verband muss die notwendige Transparenz schaffen. Konsequenterweise muss bei einer Evaluierung hinterfragt werden, ob die Ziele erreicht sind.

Meine Damen und Herren!

Meine Fraktion hat die Erwartung, dass wir mit dem neuen RVR-Gesetz in der regionalen Zusammenarbeit einen großen Schritt nach vorn machen. Der rechtliche Rahmen ersetzt allerdings noch nicht das Handeln. Wir bieten den Kreisen und den Städten den Verband als Plattform für die Kooperation an. Selbst die Damen und Herren Stadtbauräte können sich hier wiederfinden und sich einbringen. Parallelstrukturen sind weder politisch sinnvoll noch wirtschaftlich vertretbar.

Wir sind nur stark, wenn wir zusammenstehen und Stärke brauchen wir um unsere Chancen zu nutzen und die Probleme zu überwinden.

Ich bedanke mich für die gute Hilfe aus der Verwaltung, besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat Finanzmanagement und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!